



Familienpolitische Informationen

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen

Rüdiger Hansen

Die Kinderstube der Demokratie-Partizipation in Kindertagesstätten

»Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg.« *Richard von Weizsäcker*

Was Demokratie ist, ist gar nicht so einfach zu beschreiben. In den 2500 Jahren, seit die demokratischen Ideen in den griechischen Stadtstaaten entstanden, haben sie viele Wandlungen erfahren.

Für die freien Männer, die sich auf der Agora, dem Marktplatz Athens, trafen, um durch die Macht der Rede politische Mehrheiten zu gewinnen, war diese Partizipation nicht nur Recht und Pflicht, sondern Ausdruck ihrer Freiheit. In den modernen Demokratien, die den Interessenausgleich von mehreren Millionen Menschen auf Tausenden von Quadratkilometern organisieren, werden die Beteiligungsmöglichkeiten dagegen zunehmend skeptischer beurteilt.

Die Demokratie als Staatsform ist aber damals wie heute unvollkommen und anfällig für Machtmissbrauch, Manipulation und Korruption und daher stets auf Menschen angewiesen, die bereit und in der Lage sind, sich einzumischen und Verantwortung zu teilen.

Wenn heute die Spielräume politischer Repräsentanten immer enger werden und die Möglichkeiten der Staaten, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, auf dem globalen Markt zerbröckeln, dann sind die Partizipationsfähigkeit und die Partizipations-

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Familienpolitischen Informationen erscheinen im neuen Design – wie wir hoffen, zur Freude unserer Leserinnen und Leser. Damit verabschieden wir uns nach vielen Jahren von den »gelben Seiten«. Das inhaltliche Konzept hat sich nicht verändert, ein längerer grundlegender Artikel steht nach wie vor im Zentrum, Informationen und Meldungen sind nach Rubriken geordnet.

In dieser Ausgabe nehmen beide Artikel bereits Bezug auf die Jahrestagung der eaf »Kind-gerecht?!« am 17./18. September in Berlin.

Durch das veränderte Layout soll die Fachpublikation der eaf ansprechender und lesefreundlicher sein. Wir freuen uns sehr, wenn beides auch aus Ihrer Sicht gelungen ist.

Ebenso wie das Erscheinungsbild der Familienpolitischen Informationen ist der Preis jahrelang gleich geblieben – und das bleibt in diesem Jahr auch so.

Ab 2009 müssen wir den Preis des Abonnements allerdings leicht erhöhen. Das Jahresabonnement wird dann 6,50 Euro kosten. Abonnenten, die mehr als 100 Exemplare beziehen, bezahlen weiterhin nur 6,14 Euro; das Einzelheft kostet 1,70 Euro.

Viel Freude beim Lesen der neuen Familienpolitischen Informationen wünscht Ihnen

Insa Schöningh

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Artikel

Rüdiger Hansen Die Kinderstube der Demokratie-Partizipation in Kindertagesstätte Seite 1

Raimund Geene Teil der Lösung oder Teil des Problems? – Zur Diskussion um Kinderarmut und Kindergesundheit Seite 6

Nachrichten

Jahrestagung der eaf 2008: »Kind-gerecht?!« Seite 5

Literaturhinweis

Frühe Kindheit in Ost- Westdeutschland Seite 8

bereitschaft jedes und jeder Einzelnen für eine demokratische Gesellschaft erst recht unentbehrlich und müssen insofern auch als Ziele einer demokratischen Erziehungspraxis formuliert werden.

Im Kinder- und Jugendhilfegesetz heißt es denn auch: »Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.« Da § 8 KJHG keinerlei Altersbegrenzungen enthält, gilt er auch uneingeschränkt für Kindertageseinrichtungen.

»Der Geist der Demokratie kann nicht von außen aufgepropft werden, er muss von innen heraus kommen.«

Mahatma Gandhi

Politische Bildung in der Kindertagesstätte – das mag befremdlich klingen. Aber anders als im Jugendalter geht es hier nicht so sehr um die Vermittlung politischen Wissens als vielmehr um die Entwicklung politischer Persönlichkeiten. Dazu gehören die Haltung, sich zuständig zu fühlen für die eigenen Belange und die der Gemeinschaft, und die Kompetenz, sich konstruktiv streiten zu können, also eigene Interessen vertreten, sich in andere hineinversetzen und es aushalten zu können, wenn man sich nicht durchsetzen kann.

Derartige Haltungen und Kompetenzen entwickeln sich früh. Und wie andere Bildungsinhalte können sie nicht vermittelt, sondern nur handelnd erworben werden. Auch politische Bildung ist Selbstbildung.

Damit gewinnen die alltäglichen Partizipationsmöglichkeiten der Kinder an Bedeutung: für die Zukunft demokratischer Gesellschaften, für das einzelne Kind, weil Mündigkeit, Urteilsfähigkeit, Entscheidungsmut, Flexibilität auch als individuelle Schlüsselqualifikationen gelten, und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindertageseinrichtungen, die erkennen müssen, dass ihre pädagogische Tätigkeit, ob sie es nun wollen oder nicht, immer auch politische Erziehung ist.

»Partizipation heißt, Entscheidungen, die das eigene Leben und das Leben der Gemeinschaft betreffen, zu teilen und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden.«

Richard Schröder

Partizipation von Kindern bedeutet eine freiwillige Macht- abgabe und gleichzeitig eine hohe Verantwortlichkeit der Erwachsenen. Diese pädagogische Verantwortung gilt allerdings nicht mehr der Formung des kindlichen Charakters, sondern eher einem Zur-Verfügung-Stellen von »Entwicklungskontexten«, in denen gemeinsam für die Entwicklung kinderfreundlicher Lebenswelten und eigenverantwortlicher und gemeinschaftsfähiger Persönlichkeiten gestritten wird.

Fünf Prinzipien für die Partizipation von Kindern

→ **Partizipation bedeutet, dass Kinder von Erwachsenen begleitet werden.**

Es genügt nicht, Kindern Entscheidungsspielräume einzuräumen und sie dann damit allein zu lassen. Die Entwicklung notwendiger Partizipationsfähigkeiten muss aktiv unterstützt werden. Oft fehlen Kindern der Zugang zu Informationen oder alternative Erfahrungen, die erst eine wirkliche Entscheidung ermöglichen. Darüber hinaus bedeutet Partizipation immer Aushandlungsprozesse, in die auch Erfahrungen und Interessen von Erwachsenen einfließen (können).

→ **Partizipation erfordert einen gleichberechtigten Umgang, keine Dominanz der Erwachsenen.**

Auf der inhaltlichen Ebene muss die Expertenschaft der Kinder für ihre Lebensräume, ihre Empfindungen, ihre Weltsicht uneingeschränkt anerkannt werden. Die Erwachsenen sollten ihnen mit Neugier und Interesse begegnen. Für den Prozess und für dessen Transparenz tragen allerdings ausschließlich die Erwachsenen die Verantwortung. Sie müssen die Kinder dabei unterstützen, eine Gesprächs- und Streitkultur zu entwickeln. Und sie müssen gewährleisten, dass eine »dialogische Haltung« – vor allem auch von den beteiligten Erwachsenen selbst – eingehalten wird.

→ **Partizipation darf nicht folgenlos bleiben.**

Dies bedeutet eine hohe Verbindlichkeit der beteiligten Erwachsenen, die sich darüber klar werden müssen, welche Entscheidungsmöglichkeiten die Kinder tatsächlich haben (sollen), und die diese offen müssen. Selbstverständlich kann die Umsetzung einer gemeinsam getroffenen Entscheidung scheitern. Aber zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung sollte es eine realistische Chance zur Realisierung innerhalb eines für die Kinder überschaubaren Zeitraums geben. Klappt es dann nicht, sollten die Gründe dafür transparent werden.

→ **Partizipation ist zielgruppenorientiert.**

Kinder sind nicht alle gleich. Die Erwachsenen sollten sich darüber klar sein, mit wem sie es jeweils zu tun haben. Kinder aus Elementar- oder Hortgruppen, Jungen oder Mädchen, Kinder unterschiedlicher ethnischer Herkunft, Kinder mit und ohne Handicaps bringen unterschiedliche Wünsche, Bedürfnisse und Fähigkeiten zur Beteiligung mit. Inhalte und Methoden müssen darauf abgestimmt werden.

→ **Partizipation ist lebensweltorientiert.**

Das betrifft in erster Linie die Inhalte, aber auch die Beteiligungsmethoden. Die Thematik muss die Kinder etwas angehen. Dies kann durch unmittelbare Betroffenheit der Fall sein: bei der Frage, ob der tote Vogel, den ein Kind gefunden hat, beerdigt oder seziiert werden soll, genauso wie bei der Planung des Außengeländes. Es kann aber auch um Themen gehen, die für Kinder zwar Bedeutung haben (werden), sie aber nur mittelbar betreffen, wie das bei vielen ökologischen Themen der Fall ist. Derart abstrakte Themen müssen dann methodisch an die Erfahrungen der Kinder angeknüpft werden.

Partizipation in Kindertagesstätten ist Bestandteil der Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern, findet also im alltäglichen Umgang statt – oder nicht.

Kinder sind kompetente Akteure der eigenen Entwicklung. Sie setzen sich vom Beginn ihres Lebens an aktiv und aus eigenem Antrieb mit ihrer sozialen und materiellen Umwelt auseinander und fällen dabei immerzu wichtige Entscheidungen für ihr zukünftiges Leben – allerdings ohne bewusst die Alternativen abzuwägen. Effizient und konstruktiv wählen sie Umweltinformationen aus, ergänzen und korrigieren die Einflüsse der Eltern oder entwickeln sich sogar entgegengesetzt. Partizipation auf der Beziehungsebene bedeutet, Kinder als Experten ihres eigenen Lebens ernst zu nehmen. Das mag banal klingen. Aber Kinder als gleichwertige, eigensinnige Partner anzusehen, ihnen ehrlich, authentisch, ohne (pädagogisch begründete) Hintergedanken entgegen zu treten, ist nicht leicht. Zu sehr sind wir daran gewöhnt, für Kinder zu denken und ihnen Verantwortung abzunehmen, die sie besser selber tragen können.

Der dänische Familientherapeut Jesper Juul empfiehlt Erwachsenen, sich im Umgang mit Kindern immer wieder zu fragen, wie sie ihrer besten erwachsenen Freundin oder ihrem besten erwachsenen Freund in einer vergleichbaren Situation begegnen würden. Partizipation verlangt eine gleichwertige, eine symmetrische Kommunikation, einen »Dialog« zwischen Erwachsenen und Kindern. Voraussetzung dafür ist eine »dialogische Haltung« der Erwachsenen.

Überprüfen Sie sich selbst:

- Sind Sie davon überzeugt, dass jede und jeder etwas zu sagen hat? Sind Sie interessiert und neugierig auf das, was die Kinder beizutragen haben? Begegnen Sie ihnen eher fragend als wissend? Nehmen Sie ihre Beiträge ernst?
- Hören Sie den Kindern aufmerksam zu? Wenden Sie sich ihnen dabei körperlich zu? Suchen Sie Blickkontakt? Lassen Sie die Kinder ausreden, auch wenn sie abweichen, nicht gleich zum Punkt kommen? Sprechen Sie es ehrlich aus, wenn es, aus welchen Gründen auch immer, gerade nicht möglich ist, sich auf das Gespräch einzulassen: »Ich kann dir jetzt nicht zuhören. Kannst du warten, bis ich hiermit fertig bin?«
- Schwingen Sie mit? Lassen Sie sich ein? Versetzen Sie sich in sie hinein, gleichsam empathisch? Geben Sie den Gefühlen oder Gedanken der Kinder eine Sprache? Nehmen Sie ihre Ausdrucksformen an, auch wenn die Grenzen zwischen Realität und Vorstellung verschwimmen? Begegnen Sie ihnen respektvoll, mit dem Gefühl für den feinen Unterschied zwischen Nähe und Zu-nahe-Treten?
- Haben Sie die Geduld, den eigenen Wissensvorsprung zurück und eigene Bewertungen in der Schwebe zu halten? Haben Sie die Bereitschaft, das eigene Vorwissen ohne Beserwisserei zur Verfügung zu stellen? Haben Sie die Selbstsicherheit, eigene Ungewissheiten einzugestehen: »Das weiß

ich auch nicht, aber wir können gemeinsam versuchen, es heraus zu bekommen.«

Partizipation in Kindertagesstätten wird durch die Einrichtungsstrukturen begünstigt – oder nicht.

Ob die Einrichtungsstrukturen partizipationsfreundlich sind, ist oft schon an scheinbar unbedeutenden Nebensächlichkeiten zu erkennen. Um den Elementarkindern die Speisepläne der kommenden Woche zugänglich zu machen, fotografierte eine Erzieherin über Wochen die wiederkehrenden Gerichte und hängte die Bilder neben die schriftlichen Pläne. Letztlich richtet sich diese Frage allerdings an das pädagogische Konzept der Einrichtung. In diesem Zusammenhang ist Partizipation eng verknüpft mit den Ideen des offenen Kindergartens. Welche Möglichkeiten haben Kinder, darüber zu entscheiden, mit was und mit wem sie sich im Verlauf eines Tages in der Tagesstätte beschäftigen wollen?

Überprüfen Sie Ihre Einrichtung:

- Können die Kinder während der Öffnungszeiten frei wählen, womit sie sich beschäftigen?
- Sind die Spiel- und Gebrauchsmaterialien für die Kinder frei zugänglich?
- Können Kinder Werkstätten und andere Funktionsräume auch ohne Begleitung Erwachsener nutzen?
- Haben die Kinder das Recht, Erwachsenen und anderen Kindern den Zutritt zu einem Raum, in dem sie sich gerade aufhalten, zu verwehren?
- Können die Kinder zu jeder Zeit das Außengelände der Einrichtung nutzen?
- Entscheiden die Kinder selbst, ob sie in der Einrichtung Hausschuhe tragen wollen?
- Können die Kinder dann etwas essen, wenn sie Hunger haben?
- Werden Regeln gemeinsam aufgestellt?
- Können die Kinder darüber mitentscheiden, zu welcher Gruppe sie gehören?

Partizipation in Kindertagesstätten muss strukturell verankert werden, um nicht von der Tagesform der Erzieherinnen oder einem Personalwechsel abzuhängen.

Kinderparlamente, Kinderräte oder Kinderkonferenzen bringen unterschiedliche Möglichkeiten und Probleme mit sich. Allen institutionalisierten Beteiligungsformen ist aber gemein, dass sie eine intensive Auseinandersetzung und eine gemeinsame Positionierung im Team voraussetzen. Am Ende dieses Prozesses ist die Beteiligungsform in der Konzeption der Einrichtung genauso verankert wie im Bewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dadurch wird Beteiligung über einen Personalwechsel und die Tagesform der einzelnen Erzieherin oder des einzelnen Erziehers hinaus gesichert und

einklagbar: durch die Kinder, durch die Eltern und durch Kolleginnen und Kollegen.

Wenn die Gremien für alle Beteiligten selbstverständlich im Alltag zusammentreten und mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sind, die nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Erwachsenen bedeutsam sind, erhält Alltagsdemokratie ein hohes Maß an Verbindlichkeit.

Über folgende Fragen sollten zunächst die Erwachsenen einen Konsens erzielen:

- Worüber sollen die Kinder in der Tagesstätte auf jeden Fall mitentscheiden?
- Worüber sollen die Kinder in der Tagesstätte auf keinen Fall mitentscheiden?
- Mit welcher Form der Beteiligung können Sie sich anfreunden?
- Welchen Entscheidungsmodalitäten sind Sie bereit sich zu beugen?

Partizipation in Kindertagesstätten bedeutet auch Beteiligung auf der politisch-administrativen Ebene.

Partizipation in Kindertagesstätten darf trotz des Unbehagens, das viele Erzieherinnen und Erzieher verspüren, auch vor einer Beteiligung auf der politisch-administrativen Ebene nicht Halt machen. Politik und Verwaltung wirken auf vielerlei Weise auf Kinderleben ein. Am sichtbarsten wird dieser Einfluss bei der Gestaltung der kindlichen Lebensräume.

Kinderleben spielt sich heute überwiegend in pädagogisch gestalteten Räumen ab, in Innen- wie in Außenräumen. Haben Kinder Gelegenheiten, diese mitzugestalten oder zu verändern, steigt ihre Identifikation mit den Räumen und ihre Verantwortungsbereitschaft dafür. Wenn sie bewusst erleben, wie sie andere Kinder, Erwachsene und die sie umgebenden Räume beeinflussen und von diesen beeinflusst werden, wachsen die Lust und das Vertrauen in die eigenen Potentiale, sich aktiv mit der Welt auseinander zu setzen.

In der Spielraumplanung erweisen sich Kinder als kompetente Planungspartner, die immer wieder mit ihren Fähigkeiten überraschen. Was sie tatsächlich können, zeigen sie allerdings nur, wenn sie dazu herausgefordert werden. Erwachsene, die kein Zutrauen zu ihnen haben oder denen es nicht gelingt, abstrakte Planungsschritte sinnlich be-greif-bar zu machen, sind die hemmenden Faktoren der Planungsbeteiligung.

Mit der Pädagogisierung kindlicher Lebensräume einher geht der Verlust einer spezifischen Kinderöffentlichkeit, in der die Dinge nicht ein für allemal festgelegt, definiert, mit Namen versehen, unabänderlich durch Gebote und Verbote reglementiert sind. Diese Freiräume wurden durch das Auto und andere erwachsene Verwertungsinteressen von der Straße verdrängt. Insbesondere jüngere Kinder sind aus dem öffentlichen Leben verschwunden. Die Gemeinwesenorientierung der

pädagogischen Arbeit kann dazu beitragen, den öffentlichen Raum mit Kindern für Kinder zurückzuerobern.

Eine Beteiligung von Kindern im kommunalen Raum erscheint in vielerlei Weise sinnvoll: Die Kinder erschließen sich das Umfeld der Kindertagesstätte und erweitern ihre Streifräume. Kinder und Kinderleben werden im öffentlichen Raum wieder sichtbar. Eine unmittelbare Einbeziehung ihrer Sichtweisen führt zu qualitativen Verbesserungen kommunaler Planungen und Entscheidungen. Und das wiederkehrende Erleben unmittelbarer Einflussnahme lässt auf eine Zunahme ihrer Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement hoffen.

Überprüfen Sie sich selbst:

- Beteiligen Sie die Kinder an der Raumgestaltung?
- Motivieren und unterstützen Sie die Kinder dabei, die Räume zu verändern oder anders zu nutzen?
- Gestehen Sie den Kindern unbeobachtete Rückzugsräume zu?
- Klagen Sie die Mitspracherechte der Kinder bei anstehenden Bauvorhaben in der Einrichtung ein?
- Finden sich die Kinder im Umfeld der Kindertagesstätte zurecht?
- Sind die Kinder im Umfeld der Kindertagesstätte bekannt – bei Nachbarn, beim Bäcker, im Altenheim?
- Werden Konflikte, Schäden oder Gefahrenquellen im Umfeld der Tagesstätte gemeinsam mit den Kindern verfolgt und Lösungen gesucht?
- Beteiligen Sie sich gemeinsam mit den Kindern an Veranstaltungen im Umfeld? Auch schon in der Planung?

Partizipation in Kindertagesstätten muss auch die Eltern einbeziehen

Die Kindertagesstätte ist die erste Instanz öffentlicher Erziehung neben der privaten Familie. Vielen Eltern fällt es schwer, ihr Kind in die Obhut fremder Menschen zu übergeben; anderen ist gerade daran gelegen, ihrem Kind die Erfahrungen eines verbindlichen Umgangs mit anderen Erwachsenen zu ermöglichen. So oder so entsteht ein sensibles Beziehungsdreieck Erzieherin/Erzieher – Eltern – Kind, das es gilt, in Balance zu halten.

Neben die bis dahin uneingeschränkte Zuständigkeit und Expertenschaft der Eltern für die Entwicklung ihres Kindes tritt nun die fachlich-pädagogische Kompetenz und Zuständigkeit der Fachkräfte in der Kindertageseinrichtung. Dies erfordert Aushandlungsprozesse, die, wenn sie gelingen, beide Seiten qualifizieren. Für die Gestaltung dieser Prozesse aber sind wiederum in erster Linie die professionellen Pädagoginnen und Pädagogen verantwortlich.

Überprüfen Sie sich selbst und Ihre Einrichtung:

- Bemühen Sie sich um eine Erziehungspartnerschaft mit den Eltern?

- Werden bereits im Aufnahmegespräch und im Betreuungsvertrag pädagogische und konzeptionelle Fragen angesprochen?
- Laden Sie Eltern zur Hospitation ein?
- Dokumentieren Sie Ihre Arbeit für die Eltern?
- Werden die Eltern an pädagogischen und konzeptionellen Entwicklungen beteiligt?
- Gibt es in der Einrichtung spezielle Angebote für die Eltern? Ein Elterncafé, eine Kleiderbörse, Sprachkurse oder ein Schreib- und Übersetzungsbüro?
- Werden Väter ebenso angesprochen wie Mütter?

Partizipation in Kindertagesstätten muss auch das Team einbeziehen.

Die Erwachsenen und ihre Art und Weise miteinander umzugehen sind stets Vorbilder für die Kinder. Sie orientieren jedoch nicht nur ihr eigenes Verhalten daran, sie überprüfen daran auch die Glaubwürdigkeit pädagogischer Ambitionen. Wo es zwischen den Erwachsenen an Offenheit und Beteiligungsmöglichkeiten mangelt und hierarchische Strukturen dominieren, entwickelt sich nur schwer eine Partizipationskultur mit den Kindern.

Die meisten Kindertageseinrichtungen sind nach innen hierarchisch organisiert (jedenfalls gibt es in der Regel Personen mit Leitungsfunktionen); und sie sind nach außen in die Hierarchie des Trägers eingebunden. Dennoch können die Erwachsenen authentische Partizipationsmodelle sein, wenn einerseits der Führungsstil durch Transparenz und Vertrauen gekennzeichnet ist und andererseits die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich selbstbewusst engagieren.

Überprüfen Sie sich selbst und ihre Einrichtung:

- Setzt sich der Träger für gute Arbeitsbedingungen, einen ausreichenden Personalschlüssel und eine angemessene Weiterbildung des Personals ein?

- Informiert und beteiligt die Leitung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sie betreffenden Entscheidungen?
- Kennen und vertreten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Rechte? Setzen sie sich engagiert für die Interessen der Kinder und der Einrichtung ein?
- Lieben Sie Konflikte?

Rüdiger Hansen ist Diplom-Sozialpädagogin und Moderatorin für kinderfreundliches Planen und Beteiligungsprozesse in Kindertageseinrichtungen im: Institut für Partizipation und Bildung (JPB), Damaschkeweg 86, 24113 Kiel, Tel. 0431/65 80 502, Fax 0431/65 80 704, IPB-Kiel@t-online.de
Weiterführende Literaturhinweise des Autors sind erhältlich bei der Bundesgeschäftsstelle der eaf.

Der Artikel erscheint auch mit dem gleichnamigen DVD-Film im Juli 2008, in Neuerscheinung der Begleitbroschüre zum Videofilm von Lorenz Müller und Thomas Plöger, Kiel 2003, hrsg. vom Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein.

Das Schleswig-Holsteinische Modellprojekt »Die Kinderstube der Demokratie« (2001–2003) erfuhr bundesweit große Aufmerksamkeit; die Ergebnisse flossen ausführlich in die Bildungspläne vieler Bundesländer ein. Die Filmemacher Lorenz Müller und Thomas Plöger begleiteten von 2006 bis 2008 vier Kindertageseinrichtungen in Kiel auf ihrem Weg zu Kinderstuben der Demokratie. Der Film veranschaulicht, wie Fachkräfte ihre pädagogische Praxis seit dem Modellprojekt partizipativ erneuern.

*»Die Kinderstube der Demokratie – Wie Partizipation in Kindertageseinrichtungen gelingt«
DVD, Deutschland 2008, 32 Min., ein Film von Lorenz Müller und Thomas Plöger, für 10 Euro erhältlich beim Deutschen Kinderhilfswerk e. V., Leipziger Straße 116–118, 10117 Berlin, Tel.: 030 / 30 86 93-0, Fax: 030/27 95 634, www.dkhw.de*

Jahrestagung der eaf 2008: »Kind-gerecht?!«

Bereits vor zehn Jahren forderte der 10. Kinder- und Jugendbericht eine »neue Kultur des Aufwachsens« von Kindern. In diesem Zusammenhang stellte er fest, dass Erziehung und Bildung nicht mehr allein durch die Familien zu leisten ist, dass vielmehr die Voraussetzungen und Bedingungen des Aufwachsens der nachwachsenden Generation neu geregelt werden müssen.

Das Verhältnis zwischen Kinderrechten, Elternrechten und der öffentlichen Verantwortung für Kinder steht im Zentrum der Tagung. Der Begriff des Kindeswohls, Schutz und Förderung der Gesundheit von Kindern und ihr Recht auf frühzeitige Beteiligung in Belangen, die sie selbst betreffen, sind drei Bereiche, die dabei genauer betrachtet werden sollen.

Prof. Dr. Doris Bühler-Niederberger, Universität Wuppertal, referiert zum Thema Kinder zwischen fürsorglichem Zugriff und gesellschaftlicher Teilhabe. Dr. Jörg Maywald, Deutsche Liga für das Kind, Berlin, spricht über die Kinderrechte als Leitbild im Kontext des Schutzes, der Förderung und Beteiligung von Kindern. Neben dem Kindeswohl als Leitbegriff werden die Gesundheit von Kindern im multidisziplinären Blick sowie die demokratische Partizipation von Kindern in Kita und Schule im Mittelpunkt der vertiefenden Arbeitsgruppen stehen.

Die Fachtagung findet in Berlin statt am 17. / 18.9.2008.

Das ausführliche Tagungsprogramm finden Sie unter: www.eaf-bund.de/Jahresplanung

Raimund Geene

Teil der Lösung oder Teil des Problems?

Zur Ambivalenz der gesellschaftlichen Diskussion um Kinderarmut und Kindergesundheit in Deutschland

Kinder sind in Deutschland die gesündeste Bevölkerungsgruppe, ihre Aussicht auf ein langes, gesundes Leben ist so gut wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Junge Eltern, insbesondere (werdende) Mütter können heute voller Zuversicht ihrer Familiengründung entgegen sehen. Nie zuvor war die Kinder- und Müttersterblichkeit so gering wie heute. Nie zuvor hatten Kinder und ihre Eltern derart gewaltfreie, man könnte fast sagen, friedliche Zukunftsperspektiven. Doch gleichzeitig sind noch nie so viele Kinder in Deutschland in Armut geboren, die Gefahr früher chronischer Krankheit scheint in Anbetracht des Bewegungsmangels der Kinder hoch. Die vormalige WHO-Direktorin Ilona Kickbusch (2006) vermutet sogar, hier wachse zum ersten Mal eine Generation auf, die eine kürzere Lebenserwartung habe als ihre Eltern. Wie passt die Ausgangssituation mit den gesellschaftlichen Problemen zusammen?

Dahinter stehen erste Anzeichen einer gesellschaftlichen Einsicht über die Benachteiligung der Kinder, die zu Sorgen Anlass gibt. Kinder statt Job und daher Armutsrisiko oder Karrierehindernis, Übergewicht von Kindern wegen Bewegungsmangel in der autogerechten Stadt, Probleme von Gewalt und Vernachlässigung und zu guter Letzt die Bildungsmisere werden schlaglichtartig beleuchtet. Geführt wird die Debatte nicht nur in den kleiner werdenden Kreisen der Eltern und Familien, sondern auch darüber hinaus - ist sie doch auch im Interesse der kinderlosen Generation der mutmaßlich »kinderentwöhnten Gesellschaft«, fürchtet diese doch um die eigenen Renten.

Soziale Belastung statt sozialer Unterstützung

Das in Deutschland dominierende Bild der bürgerlichen Familie sieht die Mutter noch immer als Betreuerin ihrer Kinder, als Nachhilfelehrerin, Chauffeurin durch die Stationen einer verinselten Kindheit und Spielanimateurin im eigenen Garten hinterm Reihenhaus. Allen Emanzipationsbestrebungen zum Trotz, ungeachtet der angedachten Frauenerwerbsförderung stagniert die Pädagogik ebenso wie Pädiatrie, Prävention oder die Kinder- und Jugendsozialarbeit bei dem antiquierten Bild. So wird die Unterstützung der Eltern für die Konzepte der Fachleute unhinterfragt vorausgesetzt. Die völlig anderen Realitäten der sozial Benachteiligten, die Mentalitäten und kulturellen Ziele sozial Benachteiligter spielen in dieser Konzeption keine Rolle. Wie junge Frauen ohne Hauptschulabschluss die Hausaufgabenbetreuung ihrer Kinder übernehmen, wie Mehrfachmütter in vom Sozialamt finanzierten kleinen Mietwohnungen die Botschaften zur Unfallprävention umsetzen, wie Migrant/innen ihre Ernährung auf den Optimix umstellen, wie die arbeitslosen Eltern die vermeintlichen Diagnosen des Kinderarztes ob der befürchteten Entwicklungsrückstände nicht als

weitere Demütigung durch die Gesellschaft empfinden, wie junge Mütter den Spagat ihrer Identitäten zwischen jugendlichen Subkulturen und Mütterlichkeitsanspruch hinbekommen - all diese existenziellen Fragen sind noch nicht angekommen in den Programmen zur Prävention von Verwahrlosung und zur Förderung des Humankapitals.

Die bürgerliche Illusion der schönen Kindheit stößt auf ein besonderes Paradox: Gerade die Mittel- und Oberschichten, die die (ver)öffentlich(t)e Meinung repräsentieren, leiden unter dieser von Frank Schirrmacher (2006) beschriebenen »Kinderentwöhnung«. Doch gleichzeitig prägen sie die Bilder und Anforderungen einer Kindheit, der sie sich in ihren eigenen Lebenswelten bereits weitgehend entledigt haben. Den sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, die - wie beispielsweise türkische Familien oder auch die aus Russland ausgesiedelten - weiterhin Kinder bekommen und dies in fast unveränderter Anzahl, wird das bildungsbürgerliche Kindheitsbild hingegen übergestülpt. Diese Diskrepanz zwischen erlebter Realität und bürgerlichem Anspruch setzt nicht nur die sozial benachteiligten Eltern, sondern auch die Kinder unter enorme Spannung und ist für diese kaum auflösbar.

Verunsicherung statt Unterstützung

Wie erleben Eltern in schwierigen sozialen Situationen nun das System der gesundheitlichen Versorgung? Mit ihrer Schwangerschaft erfahren junge Frauen, mit dem Gesundheitssystem bislang zumeist nur peripher in Berührung, ein stark vereinnahmendes und normierendes System. Je weniger Erfahrungen sie in einer selbstbestimmten Gestaltung ihres Lebens haben, desto stärker erleben sie die Schwangerschaft und ihre Begleitumstände als neuerliche Entmündigung ihres Lebens. In ihrem Forschungsprojekt »Technisierung der Geburt« haben Clarissa Schwarz und Beate Schücking (2004) in Auswertung von mehr als einer Millionen Geburtsdaten erschreckende Ergebnisse über die Medikalisierung der Schwangerschaften erhoben: 98,7 % aller Geburten finden im Krankenhaus statt, und von diesen werden weit über 90 % medikalisiert durch geburtseinleitende Maßnahmen, Wehenmittel oder Periduralanästhesie. Mehr als die Hälfte der Geburten erfolgt zusätzlich per Dammschnitt, ganz zu schweigen von der wachsenden Zahl der Kaiserschnitte. Dass aus diesen Maßnahmen bevölkerungsbezogen keinerlei Geburtsoptimierungen resultieren, belegen sowohl die Osnabrücker Arbeit von Schwarz/Schücking als auch eine Vielzahl internationaler Studien.

Schon im Erstkontakt mit der medizinischen Geburtshilfe werden die Schwangeren verunsichert: Mehr als 75 % der Frauen werden als Risikoschwangerschaften eingestuft mit der

unmittelbaren Folge einer zumeist massiven Überversorgung. Psychische Belastungen werden in diesem Verfahren weitgehend außer Acht gelassen. Die systematische Verunsicherung, die hier erfolgt und seine weiteren Spuren in die Familiengründungsphase zieht, wird bislang überhaupt nicht reflektiert.

Welche Unterstützung liefert das Versorgungssystem nun in der Phase der frühen Kindheit? Die Vorsorgeuntersuchungen beim Kinderarzt werden zunächst von den Eltern aller sozialen Schichten wahrgenommen. Während Mittel- und Oberschichten die Ratschläge des Kinderarztes zumeist gut aufnehmen und umsetzen können, fühlen sich sozial Benachteiligte vielfach nicht verstanden und akzeptiert; die Tipps und Anweisungen sind mit ihrer Lebensrealität oft nicht vereinbar (Wolf-Kühn/Geene 2008). Weil es aber insgesamt einen enormen Bedarf gibt vor allem an sozialen Unterstützungsleistungen junger Mütter – beispielsweise Wochenbettdepressionen beschränken sich nicht auf Bildungsferne – sind es vor allem die weniger Bedürftigen, denen es noch am ehesten gelingt, die Unterstützungsangebote zu erreichen. Das Präventionsdilemma (Bauer 2005), nach dem vor allem die Bevölkerungsgruppen mit dem höchsten Präventionspotenzial die Angebote am wenigsten nutzen, greift auch hier. Mehr noch: mitunter werden die eigentlich erst zu erwerbenden Elternkompetenzen der Kommunikationsfähigkeit und Lebenstüchtigkeit schon im Zugang zu den Angeboten vorausgesetzt (Helming et al. 2007). So wie der Pfarrer in der Kirche bevorzugt den Gläubigen predigt ...

Unmündigkeit statt Eigenverantwortung

Kritisch zu betrachten ist hier die qualitative Ausrichtung der Unterstützung junger Eltern, die anbieterseitig von kognitiven Botschaften geprägt ist in Form einer schier unüberschaubaren Flut von Botschaften und Informationsmaterial für junge Mütter. Die jeweiligen Hinweise betreffen Bewegung, Ernährung und Stillförderung, ergonomische Fragen, Sicherheitsfragen hinsichtlich Unfallprävention und plötzlichem Kindstod, Bekleidung, Impfen, Karies- und Vitamin D-Prophylaxe, Phänomene wie Schreibabys und ADHS und vieles mehr. Auch die Absender der Botschaften sind schwer einzuschätzen, vermischen sich doch gesundheitliche oder medizinische mit eher gewerblichen Interessen, wie sich am Beispiel der gesponsorten »Starterpakete« bei Entlassung aus der Entbindung mit Schnuller und Zufütterung exemplarisch zeigt. Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass eine massive medizinische Überversorgung vor allem vor und während der Geburt einer starken sozialen Unterversorgung gegenübersteht, und dass das vielzitierte »Präventionsdilemma« (Bauer 2005) hier greift, nach dem benachteiligte Mütter weder kognitiven noch emotionalen Zugang zu den ohnehin wenigen Angeboten haben.

Wie ist es zu erklären, dass das Gesundheitswesen Schwangeren und jungen Eltern derart diffus begegnet? Fehlt es an wissenschaftlicher Evidenz, die Flut der Verhaltensbotschaften zu

klassifizieren und zu priorisieren? Oder mangelt es der Wissenschaft an Einfluss, ihre Erkenntnisse gegen gewerbliche Interessen durchzusetzen? Oder fehlt es vielleicht der gynäkologischen und pädiatrischen Praxis grundsätzlich an Bewusstsein über die vermittelten Ambivalenzen? Es ist zu befürchten, dass alle drei Fragen bejaht werden müssen.

Auch in der weiteren kinderärztlichen Karriere ihrer Kinder erleben Eltern ähnliche Verunsicherungen, wie die enormen regionalen Unterschiede in der Diagnostik des Aufmerksamkeits-Defizit-Syndroms (ADHS) zeigen: Während in Mecklenburg-Vorpommern nur 0,4 % der Kinder zwischen 6 und 14 Jahren entsprechende Medikamente verschrieben bekommen, liegt die Behandlungsprävalenz in der Region Würzburg bei den 9- bis unter 12-jährigen Jungen bei 9,5 %, bei den 12- bis unter 15-jährigen Jungen in der Region Koblenz sogar bei 11,8 % (Glaeske & Janhsen 2002). Bundesweit werden rund 30 % der verordneten Methylphenidatmenge von nur 66 Ärzten rezeptiert – die weiteren 70 % werden von 4.008 Ärzten verschrieben (ebd.). Auch hier mangelt es an Evidenzen, an Leitlinien und einer entsprechenden Überprüfung, und vor allem an Bewusstsein über die sozialen Implikationen gesundheitlicher Hilfen.

Projekte der Gesundheitsförderung

Dass es solche sozialen Unterstützungsstrukturen in Modellen bereits gibt, zeigt sich bei einem Blick in die Datenbank »Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten« (www.gesundheitliche-chancengleichheit.de). Von dort eingestellten Projekten sind bereits einige als sogenannte »Good Practice« identifiziert, die beispielhaft Wege der Unterstützung aufzeigen. Darunter befindet sich beispielsweise die Magdeburger »Eltern-AGs« (Armbruster 2008), in denen Mütter und Väter mit fachlicher Anleitung zu Selbsthilfegruppen zusammengeführt werden. Ziel ist nicht die Belehrung der Eltern, sondern vielmehr die Stärkung ihrer elterlichen Intuition. Es geht von einem positiven Elternbild aus, wissend, dass alle Eltern sich ein glückliches familiäres Zusammenleben wünschen und dabei Handlungsmuster entwickeln, die ihren sozialen Bedingungen entsprechen. Mit der Eröffnung weiterer Handlungsperspektiven durch die fachlichen Mentoren und der Knüpfung eines Netzwerkes mit anderen jungen Eltern wird diese Grundbedingung konstruktiv aufgegriffen und geformt. Ähnlich problemnah und niedrigschwellig arbeitet das Flensburger Unterstützungsprojekt »Schutzengel«, das auf Grund seines durchschlagenden Erfolges nun in allen Landkreisen Schleswig-Holsteins eingeführt wird (Lehmann et al. 2007). Auch das Hamburger Familienprojekt Adebar, jüngst mit dem Deutschen Präventionspreis ausgezeichnet, sieht seine Aufgabe vor allem in der vorurteilslosen Unterstützung junger Eltern (ebd.).

Allen Projekten ist gemeinsam, dass sie unkonventionelle Wege suchen, Eltern anzusprechen und ihre Interessen aufzugreifen. Zentral dafür ist der Ansatz des Community-buildings, mit dem überhaupt erst Möglichkeiten zur Kommunikation junger

Eltern und damit erste Grundlagen für Entwicklungsprozesse geschaffen werden. Statt weiterer paternalistischer Betreuung, der sich junge Eltern nach Schulende und Trennung aus dem eigenen Elternhaus oft gerade erst entzogen haben, setzen diese Projekte auf eine Stärkung elterlichen Selbstbewusstseins und elterlicher Intuition. Dabei werden die Eltern in ihrem individuellen Lebensstil nicht bewertet, sondern die jeweilige Subjektivität wird zum Ausgangspunkt der Gemeinschaftserfahrung. Ganz im Sinne der Ottawa-Charta: jede Mutter, jeder Vater ist zunächst Experte des eigenen Alltags.

Europäische Vorbilder

Die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Realitäten als positiven Ausgangspunkt zu setzen, ist das zukunftsweisende Konzept des Diversity-Managements, das in Deutschland noch wenig angekommen ist. Zahlreiche Beispiele aus England, Holland, Frankreich oder Belgien zeigen das Potenzial dieser Strategie, gerade auch in der sozialen und gesundheitlichen Begleitung junger Eltern. Hier versteht sich die Unterstützungsarbeit als Inklusion, also als aktives Kennenlernen der elterlichen Wünsche und Ziele. Diese aufzugreifen und zu unterstützen ist die Aufgabe sog. »Early Excellence Centres«, eine Mischform aus Kita und lokalen Familienzentren. Bei Aufnahme eines Kindes befragen die Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen die Eltern zunächst über ihre (zumeist impliziten) Erziehungsziele und arbeiten in der Folge daran, die Eltern bei der Umsetzung zu unterstützen – ihre Ziele stehen im Vordergrund und nicht die Hausordnung des Centre. Auch wenn eine solche Herangehensweise in Deutschland noch utopisch erscheint, sollte sie doch dazu dienen, der weiteren Entwicklung gesundheitlicher und sozialer Unterstützung junger Familien als Orientierung zu dienen – in Politik und beruflicher Praxis betreuender Professionen ebenso wie im Alltag.

Prof. Dr. Raimund Geene lehrt an der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Fachbereich Angewandte Humanwissenschaften.

Literatur

- Armbruster M.** (2008): Die Eltern-AG. In: Geene R; Gold C; Pospiech S (Hrsg.): Kinderarmut und Kindergesundheit. Bern: Huber.
Bauer U. (2005): Das Präventionsdilemma. Wiesbaden: VS.
Glaeske, G.; Janhsen, K. (2002): GEK-Arzneimittel-Report 2002. St. Augustin: Asgard. Helming, E.; Sandmeir, G.; Sann, A.; Walter, M. (2007): Kurzevaluation von Programmen zu Frühen Hilfen für Eltern und Kinder und sozialen Frühwarnsystemen in den Bundesländern. Abschlussbericht. München: DJJ
Kickbusch I. (2006): Die Gesundheitsgesellschaft. Gamburg: Verlag für Gesundheitsförderung.
Lehmann F.; Geene R.; Kaba-Schönstein L. et al. (2007): Kriterien guter

Praxis in der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten. Reihe Gesundheitsförderung konkret. Köln: BZgA

Meurer A.; Siegrist J. (2005): Determinanten des Inanspruchnahmeverhaltens präventiver und kurativer Leistungen im Gesundheitsbereich durch Kinder und Jugendliche. Reihe Forschung und Praxis der Gesundheitsförderung, Band 25. Köln: BZgA

Schirmmayer, F. (2006): Minimum. Vom Vergehen und Neuentstehen unserer Gesellschaft. München: Blessing.

Schwarz C.; Schücking BA. (2004): Adieu, normale Geburt? Ergebnisse eines Forschungsprojektes. In: Dr.med. Mabuse 148, 22-25.

Wolf-Kühn N.; Geene R. (2008): Früherkennung von Entwicklungsstörungen und Frühe Hilfen bei sozial benachteiligten Familien. In: Geene R; Gold C; Pospiech S (Hrsg.): Kinderarmut und Kindergesundheit. Bern: Huber.

+ + + Literaturhinweis + + +

Kindheit in Ost- und Westdeutschland

Die aktuellen öffentlichen Diskussionen um Kinderschutz und Krippenerziehung werden vor dem Hintergrund der psychoanalytischen Beziehungstheorie diskutiert. Schon der Ödipus-Mythos beinhaltet die Dynamik zwischen Liebe und Hass in der Beziehung zwischen Eltern und ihrem Kind. Schädigungs- oder gar Tötungstendenzen der Eltern-generation gegenüber den Kindern sind zwar gesellschaftlich überall beobachtbar, werden aber individuell nur ungern anerkannt.

Durch die 40-jährige Spaltung Deutschlands in zwei unterschiedlich ideologisch geprägte Gesellschaftssysteme entwickelten sich in Ost- und Westdeutschland unterschiedliche Betreuungsformen von kleinen Kindern.

In dem Themenheft »Kindheit in Ost- und Westdeutschland« werden die unterschiedlichen Umgangsweisen in den Gesellschaften Ost- und Westdeutschlands historisch aufgegriffen, kritisch kommentiert, deren Folgen diskutiert und ein Ausblick auf mögliche psychoanalytische Umgangsweisen mit Krisen in Entwicklungsverläufen gegeben (Auszug aus der Zusammenfassung des Themenheftes von Prof. Dr. Kai von Klitzing, Leipzig).

Die Ausgabe enthält u. a. Artikel von Agathe Israel und Waltraud von Klitzing; Christine Ludwig-Körner führt aus, was die Psychoanalyse zur Ausbildung von kompetenten Frühpädagogen beitragen kann.

Kinderanalyse Heft 2, April 2008, 182 Seiten, 21 Euro, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart. Bezug unter: www.kinderanalyse.de S. M.